



Berlin unterstützt Export von Spionagesoftware

Bericht: Christian Bergmann, Marcus Weller

Kairo Anfang des Jahres. Hunderttausende demonstrieren für mehr Demokratie. Sie organisieren und verabreden sich im Internet. Kalid Said ist der Martyrer der sogenannten Internetrevolution. Er war ein regimekritischer Blogger, aufgespürt und getötet von der Sicherheitspolizei. Der Geheimdienst führt den Krieg gegen die Revolution auch im Internet. Aktivisten, die anonym schreiben, werden scharenweise enttarnt, verprügelt und eingeschüchtert. Basem Fathy mit seiner Widerstandsgruppe ist einer von ihnen.

Basem Fathy, Blogger:

"Ich wurde zusammen mit einem Freund verhaftet, einem Internet-Blogger, der gegen Polizeibrutalität und Folter schrieb. Er attackierte ständig die Polizei im Internet, aber er war schlau genug vorher nicht verhaftet zu werden. Dann hat ihn die Stasi doch erwischt. Der Geheimdienstoffizier bedrohte meinen Freund mit den Worten: Nun wissen wir, wer du bist, der Blogger der die ganze Zeit über die Polizei schrieb und nun bist du in unseren Händen."

Wie die Geheimpolizei sie enttarnen konnte, wird Basem kurz darauf deutlich. Er nimmt teil an der Erstürmung des Inlandgeheimdienstes und findet sein gesamtes Leben in den Akten. Systematisch wurden er und seine Gruppe ausgespäht. Womit spioniert wurde, findet sich in einem weiteren Dokument. Geschnüffelt wurde mit der Überwachungssoftware Finfisher von der Firma Gamma. Der ägyptische Geheimdienst lobt die exzellente Überwachungstechnologie der "deutschen Firma". Mit der Software können Rechner ausspioniert, Handys abgehört und Bewegungsprofile erstellt werden. Dank Finfisher kann sogar das als abhörsicher geltende Skype überwacht werden.

Basem Fathy, Blogger:

"Im Allgemeinen haben wir schon gewusst, dass das Internet keine sichere Plattform mehr ist, aber zur selben Zeit hatten wir so etwas wie Vertrauen zu Skype als eine sichere Kommunikationsform im Internet. Was definitiv nicht der Fall war."



Unterdrückung im Nahen Osten mit Hilfe deutscher Spionage-Software? Der deutsche Teil der Firmengruppe Gamma weist jede Verantwortung zurück. Anwaltskanzleien teilen mit, Gamma Deutschland habe mit der Softwarelieferung nichts zu tun. Gamma Großbritannien habe geliefert. Doch woher stammt die Spitzelsoftware Finfisher dann? Wir fahren auf die Sicherheitsmesse ISS in Prag. Hier wird die neueste Überwachungstechnik an Geheimdienste verkauft. Wir tarnen uns als Sicherheitsberater und drehen mit versteckter Kamera. Das Seminar für Finfisher wird vom Geschäftsführer von Gamma Deutschland geleitet. Beeindruckt verlassen die Geheimpolizisten Nigerias und Äthiopiens die Präsentation. Die Totalüberwachung der Opposition für rund 400.000 Euro - und das dank echter deutscher Wertarbeit.

Angestellter:

"Finfisher ist 100 Prozent deutsch, also in Deutschland entwickelt. Wird aber, das kann ich Ihnen gleich sagen, aus England geliefert. Das ist aber nur so, weil unser Büro nicht den Lagerraum hat. Das wird aber hundertprozentig in Deutschland entwickelt."

Auch der Eigentümer der Gamma-Group hat einen deutschen Hintergrund und ist kein Unbekannter im Geschäft. Alexander Louthean Nelson war neun Jahre Geschäftsführer der Hamburger Sicherheitsfirma PK-Electronic. Eine Firma, die wegen der Umgehung von Ausfuhrkontrollen und Lieferung von Elektroschlagstöcken an totalitäre Regime in den Schlagzeilen war. Mit seiner neuen Firma liefert er die Spionage-Software Finfisher an arabische Regime. Doch darf hochsensible Spionagetechnologie einfach so exportiert werden? Das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle bestätigt dies:

Zitat:

"Die Ausfuhr der von Ihnen genannten Technik unterliegt grundsätzlich keiner Genehmigungspflicht."

Keine Ausfuhrregelung für Spionagesoftware? Kaum zu glauben. Die Europäische Union sei in der Pflicht zu handeln, heißt es. Der Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokraten im Europaparlament, Jörg Leichtfried, wollte handeln. Für ihn sind Exporte von Überwachungstechnik gefährlicher als Panzerlieferungen.

**Jörg Leichtfried, Europaparlamentarier (SPÖ):**

"Diese Software kann täglich eingesetzt werden und wird eingesetzt, um Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für Demokratie einsetzen, die sich für Menschenrechte einsetzen zu schaden, sie zu verhaften. Ich denke, es wahrscheinlich problematischer als wie Panzer zu exportieren."

Leichtfried brachte einen Gesetzentwurf im Europaparlament ein, um den Export von Überwachungstechnik zu kontrollieren. In jedem Einzelfall sollte geprüft werden, in welche Länder die sensible Technik exportiert werden darf. Der ehemalige Grünenvorsitzende Bütikofer war einer der Unterstützer des Antrags.

Reinhard Bütikofer, Europaparlamentarier Grüne:

"Im europäischen Parlament hatten wir eine große Mehrheit im auswärtigen Ausschuss für eine Kontrolle, hatten selbst im Handelsausschuss eine Mehrheit. Es war die Intervention des Wirtschaftsminister Brüderle, die dazu geführt hat, dass die FDP-Abgeordneten zehn Minuten vor der Abstimmung in einem putschartigen Vorgehen gesagt haben, sie machen nicht mit, obwohl das vorher angekündigt worden war. Dadurch sind entsprechende Regelungen verhindert worden."

Der deutsche Parlamentarier Holger Kraemer hat wie alle seine Kollegen von der FDP gegen die schärferen Kontrollen gestimmt. Für ihn gilt der freie Markt auch für Sicherheitstechnik.

Holger Kraemer, Europaparlamentarier (FDP):

"Man wird nicht alle Eventualitäten des Lebens durch detaillierte Gesetze einfangen können. Gerade wir Deutschen sind für meine Begriffe manchmal sehr schizophran, weil wir schimpfen über Bürokratie aus Brüssel, aber immer dann, wenn was passiert was uns nicht passt, dann rufen wir nach Regelungen."

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat den Handel mit Sicherheitstechnik im Nahen Osten als den Zukunftsmarkt erkannt. Und dieser Markt soll möglichst ohne Exportbeschränkungen bleiben. In dem dafür entwickelten Strategiepapier heißt es: "Dabei ist ... zu vermeiden, dass durch gesetzliche Rahmenbedingungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Bedarfsträger Zusatzbelastungen entstehen."



Im Klartext: Ausfuhr von Spionagesoftware soll durch keinerlei Gesetze beschränkt werden. Ein Segen für die Branche, wie hier auf der Sicherheitsmesse in Prag. Freie Fahrt für den Handel mit Spitzelprodukten wie Finfisher. Hauptabnehmerländer sind die revolutionsbedrohten Regime im Nahen Osten. Brutale Überwachungsstaaten ein Zukunftsmarkt? Basem Fathy hat die Hoffnung aufgegeben, dass die Europäische Union die schützenden Exportbeschränkungen auf den Weg bringt, solange Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen.

Basem Fathy, Blogger:

"Es sollte ein Mindestmaß an Verantwortung des freien Marktes geben, an die zu denken welche gefährdet sind, wenn sie mit unterdrückerischen Regimes zusammenarbeiten und das Leben von Aktivisten in verschiedenen Ländern gefährden."

Doch mit Verantwortung sieht es in der Branche eher schlecht aus. Warum auch, schließlich fördert die Bundesregierung ihre Exporte ausdrücklich. Menschenrechte hin oder her.